

KAS  
ELECTION GUIDE



WAHLHANDBUCH  
UKRAINE  
2007

**NICO LANGE**  
**ANDRÉ DREWELOWSKY**  
**IGOR PLASCHKIN**  
**NATALIA STRIGIN**  
**RAHEL ZIBNER**



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

© KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO UKRAINE, 2007

VUL. SHOVKOVYCHNA 10/4  
01021 KIEV  
WWW.KAS.DE/UKRAINE  
OFFICE@ADENAUER.KIEV.UA

# WAHLHANDBUCH UKRAINE 2007

DIE UKRAINE VOR DEN NEUWAHLEN  
ZUR WERCHOWNA RADA  
AM 30. SEPTEMBER 2007

## AUTOREN:

NICO LANGE  
ANDRÉ DREWELOWSKY  
IGOR PLASCHKIN  
NATALIA STRIGIN  
RAHEL ZIBNER

## REDAKTIONSSCHLUSS:

04.09.2007

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
KIEW, SEPTEMBER 2007  
WWW.KAS.DE/UKRAINE

# **1. Einleitung: Die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007**

## **2. Das ukrainische Wahlsystem**

- 2.1. Wie wird in der Ukraine gewählt?
- 2.2. Aktuelle Änderungen des Wahlgesetzes – Möglichkeiten der Wahlmanipulation und Befürchtungen

## **3. Parteien und Blöcke**

- 3.1. Partei der Regionen
  - 3.1.1. Partei der Industriellen und Unternehmer
  - 3.1.2. Witsche
- 3.2. Block Julia Tymoschenko (BJUT)
  - 3.2.1. Batkiwschtschyna
  - 3.2.2. Reformen und Ordnung
  - 3.2.3. Ukrainische Sozialdemokratische Partei
- 3.3. Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes (NU-NS)
  - 3.3.1. Volksunion Nascha Ukraina
  - 3.3.2. Vpered, Ukraina! – Selbstverteidigung des Volkes
  - 3.3.3. Christlich-Demokratische Union
  - 3.3.4. Europäische Partei der Ukraine
  - 3.3.5. Ruch
  - 3.3.6. Ukrainische Volkspartei
  - 3.3.7. Ukrainische Republikanische Partei Sobor
  - 3.3.8. Kongress Ukrainischer Nationalisten
  - 3.3.9. PORA
  - 3.3.10. Partei der Schützer des Vaterlandes
- 3.4. Sonstige
  - 3.4.1. Kommunistische Partei
  - 3.4.2. Sozialistische Partei
  - 3.4.3. Volkspartei der Ukraine / Block Lytwyn
  - 3.4.4. Progressive Sozialistische Partei (Witrenko)
- 3.5. Vergleich der Wahlprogramme

## 1. Einleitung: Die vorgezogenen Parlamentswahlen 2007

Nur 18 Monate nach den Wahlen zur Werchowyna Rada im März 2006 werden die ukrainischen Bürger am 30. September 2007 erneut zu den Wahlen gebeten. Der Zeitraum seit dem letzten Wahltag war geprägt durch die gescheiterte Koalitionsbildung der ehemals „orangen“ Kräfte und in der Folge verbissen ausgetragene Machtkonflikte zwischen Präsident und Ministerkabinet. Die Lage eskalierte schließlich mit einem umstrittenen Erlass des Präsidenten Juschtschenko zur Auflösung des Parlaments im April und zur Ansetzung vorgezogener Neuwahlen.

An dieser Stelle sollen die Argumente und Ereignisse, die zur Ansetzung der Neuwahlen führten, nicht noch einmal nachvollzogen werden<sup>1</sup>. Es steht jedoch außer Frage, dass die vorgezogenen Neuwahlen allein die Dauerkrise der Ukraine nicht werden lösen können. Für die ukrainische Demokratie wäre es fatal, wenn wir schon in wenigen Wochen nach der Wahl wieder an einem ähnlichen Kulminationspunkt des Machtkonflikts ankämen, wie vor wenigen Monaten. Diese akute Gefahr besteht vor allem, weil im Verlauf der Krise mittlerweile alle nominell unabhängigen Gremien, Kommissionen und Gerichtsinstanzen bis hin zum Verfassungsgericht ausgeschaltet wurden. Wer sollte einen möglichen Konflikt um eine Anfechtung der Wahlergebnisse denn lösen? Wie sollen Auseinandersetzungen um Unregelmäßigkeiten des Wahlablaufs geschlichtet werden?

Trotz dieser skeptischen Überlegungen für die weitere Entwicklung nach den Wahlen wird von sehr hoher Bedeutung sein, ob die Neuwahlen nach demokratischen Standards durchgeführt werden oder ob ein Rückfall in die Handlungen aus der Zeit vor 2006 zu beobachten sein wird. Die negativen Beispiele sind bekannt und wecken in diesen Tagen vor den Wahlen unter den ukrainischen Bürgern wieder ernsthafte Befürchtungen: das massenweise Abstimmen an der „wandernden Wahlurne“ inklusive der bevormundenden Stimmabgabe für Alte, Kranke oder Abwesende; das berüchtigte Karussell, bei dem am Wohnort abgemeldete Wähler in Bussen von Wahllokal zu Wahllokal gekarrt werden, um mehrfach ihre Stimmen abzugeben; die erzwungenen Massenwahlen in Großbetrieben, Kasernen, Studentenwohnheimen usw.

Die im Juni 2007 eilig verabschiedeten gesetzlichen Grundlagen beinhalten in kritischen Punkten deutliche Rückschritte gegenüber 2006. Das betrifft vor allem das Wählen zu Hause, die Stimmverluste für alle, die am Wahltag nicht am Ort ihrer polizeilichen Registrierung wählen können sowie die Streichung derjenigen Bürger von den Listen, die vor der Wahl die Ukraine verlassen. Die paritätisch besetzte und von Parteiinteressen bestimmte Zentrale Wahlkommission dient in diesen Fragen derzeit eher als Instrument zur Einbringung von Manipulationsmöglichkeiten oder Benachteiligungen der Gegenpartei als zu Schlichtung und Ausgleich.

Aufgrund der vielen Frustrationen und Krisen der letzten Jahre, nach den hohen Erwartungen durch die Orange Revolution, ist auch das Interesse in Europa an den ukrainischen Wahlen kleiner als zuvor. Die OSCE hat bisher große Mühe, ausreichend freiwillige internationale Wahlbeobachter zu akkreditieren.

Die Durchführung der vorgezogenen Neuwahlen nach demokratischen Standards und die Beurteilung dieser Wahlen als „frei“ und „fair“ durch die internationalen Beobachter ist für die kommenden Ereignisse ein erster und grundlegender Schritt. Im Anschluss

---

<sup>1</sup> Detaillierte Schilderungen des Ausbruchs und der Entwicklung der Krise seit April 2007 finden Sie in den Länderberichten des KAS-Auslandsbüros Ukraine, [www.kas.de/ukraine](http://www.kas.de/ukraine).

wird es darauf ankommen, dass die beteiligten politischen Akteure das Wahlergebnis vorbehaltlos anerkennen, unabhängig von ihrem eigenen Abschneiden. Natürlich heißt das unter Umständen auch, sich mit einer Niederlage abzufinden und sich trotzdem auf eine volle Legislaturperiode einzustellen. Es muss nach diesen Wahlen dann konsequent gehandelt werden, um eine Krise der Regierungsbildung wie im letzten Jahr unter allen Umständen zu vermeiden. Alle Parteien der Ukraine sollten außerdem auf der Grundlage der Empfehlungen der Venedig-Kommission an der ukrainischen Verfassung arbeiten und schnellstmöglich die Beziehungen zwischen den Institutionen klären. Nach den freien und fairen Wahlen sollte außerdem vor allem die Europäische Union alles tun, um die demokratische Entwicklung der Ukraine zu unterstützen und schnellstmöglich die Verhandlungen über das erweiterte Freihandelsabkommen nach dem Beitritt der Ukraine zur WTO voranzubringen.

Vor dem geschilderten Hintergrund liefert das vorliegende „Wahlhandbuch Ukraine 2007“ systematische Informationen, um die Parlamentswahlen und die kommenden Ereignisse in der Ukraine verfolgen und einordnen zu können. Das betrifft zunächst die ausführliche Darstellung des ukrainischen Wahlsystems, der aktuellen Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Befürchtungen über mögliche Manipulationen der Wahlen. Im Zentrum dieser Publikation steht im Anschluss die detaillierte Diskussion der ukrainischen Parteien und Wahllisten, der jeweiligen Wahlprogramme und der wichtigsten Kandidaten. Damit soll dieses Wahlhandbuch auch eine Bestandsaufnahme des dynamischen und noch immer unkonsolidierten ukrainischen Parteiensystems, der rezenten programmatischen Entwicklungen und der zentralen Akteure darstellen, die das politische Geschehen der Ukraine auch in den kommenden Monaten bestimmen werden.

## 2. Das ukrainische Wahlsystem

### 2.1. Wie wird in der Ukraine gewählt?

Jeder ukrainische Staatsbürger, der das 18. Lebensjahr am Tag der Wahl erreicht hat, ist berechtigt zu wählen. Es besteht jedoch kein Wahlzwang in der Ukraine. Jeder Wähler hat eine Stimme. Das Wahlgesetz der Ukraine schreibt geheime Wahlen vor. Die Stimmabgabe durch Drittpersonen ist untersagt. Außerdem schreibt das Gesetz freie Wahlen vor. Das bedeutet, dass jegliche Form von Gewalt, Bedrohung, Fälschung, Bestechung oder jeder andere Akt, der den freien Wählerwillen zu beeinflussen sucht, untersagt ist (Art. 6 Abs. 2)<sup>2</sup>.

Am Wahltag sind die Wahllokale von 8:00-20:00 Uhr zu öffnen. Unter Vorlage eines Dokuments, welches die Identität des Wählers beweist, die mit der Wählerliste abzugleichen ist, wird dem Wähler ein Wahlschein ausgehändigt, dessen Empfang durch Unterschrift zu bestätigen ist.

Die Zentrale Wahlkommission muss das Format der Wahlzettel termingerecht festlegen. Der Wahlzettel muss folgende Kriterien erfüllen:

- Art und Tag der Wahl aufweisen
- Nummer des Wahlbezirks und Wahllokals aufweisen
- Platz für Wahllokalstempel haben
- Platz zum Eintragen des Namens eines Wahllokalmitglieds haben
- in der Staatssprache verfasst sein
- nur eine Seite lang sein und nur auf einer Seite bedruckt sein

Enthalten sein müssen außerdem:

- der volle Name jeder Partei bzw. jedes Blocks inkl. der ihn konstituierenden Parteien sowie den Vor-, Vaters- und Nachnamen der ersten fünf Kandidaten der jeweiligen Parteiliste;
- neben jedem Partei-/Blocknamen muss sich ein leeres Kästchen zum Ankreuzen befinden;
- Außerdem muss es eine Ankreuzmöglichkeit mit der Aussage: „Ich unterstütze keinen Kandidaten irgendeiner Partei oder eines Blocks für die Wahl zum Parlamentsabgeordneten der Ukraine“ geben;
- Es muss deutlich gemacht werden, wie sich der Wahlvorgang vollzieht.

Die Ukraine (inkl. jener Wahlkreise im Ausland) gilt bei den Parlamentswahlen als ein *Einheitswahlkreis*, in dem die Wähler ihre Stimmen abgeben können. Gewählt werden können Parteien oder Blöcke, zu denen sich mehrere Parteien zusammengeschlossen haben. Dieser Einheitswahlkreis wird aus organisatorischen Gründen in 225 Wahlbezirke unterteilt. Die Untereinheit dieser Wahlbezirke sind die Wahllokale. Dementsprechend ist die Systematik der Wahlkommission:

- Zentrale Wahlkommission: besitzt die Autorität für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl auf dem gesamten Gebiet der Ukraine inkl. im Ausland (Befugnisse unter Art. 30)

---

<sup>2</sup> Der vollständige Text des Wahlgesetzes der Ukraine mit den Änderungen aus dem Juni 2007 ist in ukrainischer Sprache abrufbar unter: ЗАКОН УКРАЇНИ "Про вибори народних депутатів України", [http://info.vybyory.com/temp\\_edu/election-laws/parlelec.html](http://info.vybyory.com/temp_edu/election-laws/parlelec.html).

- Bezirkswahlkommissionen: besitzen die Autorität für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in territorial begrenzten Wahlbezirken (Befugnisse unter Art. 31)
- Wahllokalkommissionen: besitzen die Autorität für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Wahllokalen (Befugnisse unter Art. 32). Ein Wahllokal darf in der Regel einen Wähleraufwand von 2 bis 2500 Menschen haben.

In diesem Einheitswahlkreis werden die 450 Abgeordneten des Parlaments, der Werchowna Rada, im reinen Verhältniswahlrecht auf der Basis geschlossener Listen gewählt. Als Berechnungsverfahren kommt das „Hare-Niemeyer-Verfahren“ zur Anwendung. Parlamentsmandate werden in Abhängigkeit davon verteilt, wie viel Prozent der Wählerstimmen eine Partei/ein Block in den Wahlen auf sich vereinen konnte. Es wird daher auch vom so genannten Proporzwahlrecht gesprochen.

Wie viele Sitze eine Partei/ein Block erhält, wird dabei wie folgt ermittelt: Es zählt im ersten Teil der Sitzverteilung die Zahl, die sich vor dem Komma ergibt. Für die Restsitzverteilung wird eine Liste der Parteien/Blöcke erstellt, beginnend mit der/dem, welche/r die höchste Zahl nach dem Komma aufweist. Nach dieser Liste werden die verbleibenden Sitze verteilt (Art. 96 Abs. 9).

Die Mandate derjenigen Parteien, die den Einzug ins Parlament aufgrund der 3%-Sperrklausel nicht schaffen, werden ebenfalls proportional zur Stimmenverteilung der einziehenden Parteien/Blöcke verteilt.

Welche Personen dann als Abgeordnete ins Parlament einziehen, wird im Vorfeld der Wahlen durch die Erstellung von geschlossenen Listen festgelegt. Dieser Terminus bedeutet, dass eine Partei/ein Block im Vorfeld der Wahlen ihre/seine Kandidaten in absteigender Reihenfolge auflisten. Diese Liste muss der zentralen Wahlkommission termingerecht (bis zum 21.08.2007) zukommen und die Kandidaten von dieser zugelassen werden. Eine solche Kandidatenliste soll durch eine Abstimmung innerhalb einer Partei/eines Blocks auf einem Parteitag durch mindestens 200 Mitglieder erstellt werden (Art. 57 Abs. 4). Der Parteichef muss die Wahlkommission fünf Tage vor Zusammentreten der Mitglieder über einen solchen Parteitag informieren. Den Mitgliedern der Wahlkommission ist es gestattet daran teilzunehmen. Spätestens drei Tage im Vorfeld muss die Presse informiert werden und Möglichkeiten geschaffen werden, diese für die Veranstaltung zu akkreditieren (Art. 57 Abs. 8 und 9). Da der Wähler somit lediglich die Möglichkeit hat, eine Partei/einen Block, nicht aber ihren/seinen Kandidaten zu wählen, heißen die Listen „geschlossene Listen“.

Mit Schließen der Wahllokale kann die Stimmauszählung beginnen. Die Vorgehensweise der Stimmauszählung ist unter Art. 86-89 festgelegt. Unter bestimmten Umständen, welche in Art. 90 ausgeführt werden, kann die Wahlkommission die Wahlen in einem Wahllokal für ungültig erklären. Nach spätestens 15 Tagen muss die zentrale Wahlkommission auf der Basis des Wahlergebnisses die ins Parlament einziehenden Abgeordneten bekannt geben.

Die Legislaturperiode des so gewählten ukrainischen Parlamentes dauert im Regelfall fünf Jahre. Innerhalb eines Monats nach den Wahlen muss die Werchowna Rada eine parlamentarische Mehrheit bilden. Die Parlamentsmehrheit bildet dann auch die Regierung. Wird innerhalb eines Monats keine parlamentarische Mehrheit gebildet, kann der Präsident der Ukraine das Parlament auflösen.

## 2.2. Aktuelle Änderungen des Wahlgesetzes – Möglichkeiten der Wahlmanipulation und Befürchtungen

Im Vorfeld der vorgezogenen Wahlen 2007 wurde das ukrainische Wahlgesetz erneut in einigen Aspekten geändert (Gesetzeswerk 1114-V vom 01.06.2007).

Wie bereits bei den vergangenen Wahlen im März 2006 werden die 450 Abgeordneten des ukrainischen Parlaments allein nach dem Verhältniswahlrecht mit geschlossenen Wahllisten gewählt. Der Versuch, so den Parlamentseinzug einzelner parteiloser Abgeordneter in das Parlament zu verhindern und auf diese Weise die politischen Parteien zu stärken, wird jedoch dadurch untergraben, dass die Bildung von Wahlbündnissen zugelassen ist. Somit bietet sich kleinen und Kleinstparteien ein Schlupfloch, indem sie sich für die Zeit des Wahlkampfes zu einem Block zusammenschließen, gemeinsam die 3%-Hürde, die für Parteien und Wahlbündnisse gleichermaßen gilt, für den Einzug ins Parlament meistern, und anschließend wieder in die einzelnen Gruppierungen zerfallen.

Auch bezüglich des imperativen Mandates, das einen Fraktionswechsel erschweren soll, sieht das Gesetzeswerk Nr. 1114-V vom 01.6.2007 keine Änderungen vor. Das bedeutet, dass diese spezifische Vorkehrung für Parlamentarier zwar in der Verfassung festgeschrieben ist, jedoch bisher nicht durch einen dafür nötigen Gesetzesbeschluss in Kraft getreten ist. Auch im jetzt beschlossenen Paket hat das Parlament lediglich einen Beschluss zu dieser Frage gefasst, jedoch kein Gesetz erlassen.

Für die vorgezogenen Wahlen, die auf den 30. September 2007 festgesetzt wurden, hat die ukrainische Regierung 365 Millionen UAH (ca. 54 Millionen Euro) veranschlagt. Die Wahlkampagnen dürfen offiziell am 02.08.2007 beginnen.

Gleichzeitig wurden die Mitglieder der Zentralen Wahlkommission (ZWK) vom Parlament in ihr Amt gewählt. Die Zusammensetzung der Wahlkommission nach Koalitions/Oppositionsquota ist wie folgt:

### Regierungskoalition:

- Tamara Astakhova, Mitarbeiterin der Rechtsanwaltsfirma AVN
- Yuriy Danylevskiy, Mitglied der ZWK bis 2004
- Yuriy Donchenko, Mitglied der vorhergehenden ZWK
- Tetyana Lukash, Schwester der stellv. Vorsitzenden des stellv. Ministers des ukrainischen Kabinetts Olena Lukash
- Mykhaylo Okhendovskiy, Mitglied der vorhergehenden ZWK
- Bronislav Raykovskiy, Mitglied der vorhergehenden ZWK, gewählt im Rahmen der Quote der Kommunisten
- Oleksandr Chupakhin, Mitglied der vorhergehenden ZWK, gewählt im Rahmen der Quote der Sozialistischen Partei der Ukraine
- Oleksandr Shelestov, Leiter der Rechtsabteilung der Partei der Regionen

### Opposition:

- Volodymyr Shapoval, Vorsitzender der ZWK, Vertreter des Präsidenten Viktor Juschtschenko im Verfassungsgericht
- Zhanna Usenko-Chorna, Mitglied der vorhergehenden ZWK
- Andriy Mahera, Mitglied der vorhergehenden ZWK
- Ihor Zhylenko, sollte für den Block Julia Tymoschenko auf Listenplatz 127 antreten
- Anatolii Pysarenko, Mitglied der vorhergehenden ZWK
- Yulia Shvets, Anwältin im Hauptsitz des Blocks Julia Tymoschenko
- Valeriy Sheludko, Mitglied der vorhergehenden ZWK

Diese Aufteilung lässt erhebliche Zweifel zu, ob die ZWK somit in der Lage sein wird, den Empfehlungen der Venedig-Kommission Folge zu leisten und die Umsetzung des Wahlgesetzes unabhängig von Einflüssen staatlicher und politischer Institutionen sicherzustellen.

Durch ein Dekret des Präsidenten, das eine „sehr gute Begründung“ vorlegt, kann die Entlassung von Mitgliedern der ZWK initiiert werden, wenn dem eine Parlamentsmehrheit zustimmt. Was unter einer „sehr guten Begründung“ zu verstehen ist, wurde in dem Gesetzespaket jedoch nicht ausgeführt. Um die Kommission vollständig aufzulösen, braucht es eine 2/3-Mehrheit im Parlament. Daraufhin können die Parlamentsfraktionen innerhalb von 24 Stunden dem Präsidenten ihre neuen Personalvorschläge vorlegen. Innerhalb von weiteren drei Tagen muss dieser dann seinen Vorschlag vorbringen.

Die Wahlkommission kann jedoch auch auf anderem Wege in ihrer Arbeit behindert werden. Sollten sechs oder mehr Mitglieder krank werden oder unvorhergesehen Urlaub nehmen, wäre das nötige Stimmenquorum zur Entscheidungsfindung nicht mehr gegeben. In Betracht zu ziehen ist dabei, dass solche Szenarien bereits vorgekommen sind.

Eine der meistgenannten Neuerungen des Wahlgesetzes findet sich in der 50-Prozent-Klausel. Diese besagt, dass die Hälfte aller Wahlberechtigten bei der Parlamentswahl abstimmen muss, damit diese Gültigkeit erlangt. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Szenarien diskutiert. So wird vermutet, dass dies eine gute Gelegenheit für radikale Außenseiter darstellt, welche in Form von „Pseudoparteien“ auftreten und aktiv zum Wahlboykott aufrufen. Die radikale Bratstwo-Partei von Dmytro Korczynskiy wurde in der Presse als Beispiel für eine solche Partei, die bei den vergangenen Wahlen in dieser Form arbeitete, genannt. Jedoch lassen derzeitige Umfragen, die eine Wahlbeteiligung von 81% vorhersagen, die Vermutung zu, dass diese Klausel keinen negativen Einfluss auf die Parlamentswahlen im September 2007 haben wird. Sollte es wider Erwarten doch zu einer so herbeigeführten Ungültigkeit der Wahlen kommen, obliegt es der ZWK, innerhalb von zwei Monaten ein Datum für eine erneute Wahl festzusetzen.

Eines der klassischen Einfallstore für Wahlmanipulationen in postsowjetischen Staaten feiert im Wahlgesetz der Ukraine von 2007 seine Auferstehung – die berüchtigte Wanderurne. Während bei den Wahlen im Vorjahr ältere Bürger bzw. jene, die nachweislich nicht in der Lage sind, zum Wahllokal zu kommen, das Recht hatten, die Stimmabgabe an ihrem Wohnsitz in Wanderurnen vorzunehmen, wurde diese Regelung für die Neuwahlen 2007 aufgeweicht. Für die Stimmabgabe an der Wanderurne sind nunmehr keine Gesundheitszeugnisse oder Nachweise der Notwendigkeit erforderlich. Diese Regelung bietet zahlreiche Manipulationsmöglichkeiten, die bei früheren Wahlen ausgiebig genutzt wurden. So war es beispielsweise gängig, bei geringer Wahlbeteiligung die Wanderurnen zu nutzen, um im Sinne der eigenen Partei „aufzufüllen“. Da Parteiführung, lokale Administration und Vorstand der Wahlkommissionen in vielen Fällen identisch sind bzw. Hand in Hand arbeiten, sind diese Manipulationen nur schwer nachzuweisen. In vergangenen Wahlen in der Ukraine kamen auf diese Weise zum Beispiel im Gebiet Cherson und im Gebiet Mykolajiw Quoten von mehr als 30 Prozent der Wähler zustande, die angeblich von der mobilen Wahlurne Gebrauch machen mussten.

Neuerungen gab es auch hinsichtlich der so genannten Freischeine und Wahlen im Ausland. So wurde die Wahlmöglichkeit in Form von Freischeinen abgeschafft, da dies in der Vergangenheit in großem Maße zur Fälschung der Wahlen benutzt wurde. Somit ist der Bürger nunmehr gezwungen, sich am Wahltag dort aufzuhalten, wo er seinen polizeilich gemeldeten Wohnsitz hat, oder er verliert das Recht auf Stimmabgabe. In der

Ukraine ist es aufgrund der nicht funktionierenden Bürokratie jedoch vielen Bürgern gar nicht möglich dort zu leben, wo sie registriert sind bzw. sich an ihrem aktuellen Wohnort ordnungsgemäß zu registrieren. Die Nichtregierungsorganisation „Wählerkommittee der Ukraine“ schätzt, dass auf diese Weise etwa einer Million ukrainischen Bürgern das Wahlrecht entzogen wird. Die Nichtausstellung von Freischeinen hat natürlich Konsequenzen für die Wahlbeobachter der Parteien. Beobachter aus der Westukraine, die die Wahlen in ostukrainischen Regionen beobachten wollen, müssen entweder in Kauf nehmen, dass sie selbst nicht wählen können oder auf die Beobachtung verzichten. Aufgrund der regionalen Struktur des ukrainischen Parteiensystems gehen auf diese Weise Beobachtungs- und Kontrollmöglichkeiten verloren.

Ukrainer, die im Ausland leben und dort auch registriert sind, können ihre Stimme bei den entsprechenden ukrainischen Repräsentationen abgeben. Gleichzeitig wird einem Großteil der Ukrainer, besonders jenen, die in der Westukraine ansässig sind, jedoch illegal im Ausland arbeiten, nicht die Möglichkeit gegeben, ihre Stimme abzugeben. In der Vergangenheit wurde diese Situation zu Wahlfälschungen genutzt, indem dritte Personen für diese Leute abstimmten. Um dies zu verhindern, wurde eine neue Gesetzesregelung eingeführt, die vom ukrainischen Grenzschutz die Erstellung einer Liste all jener verlangt, die das Gebiet der Ukraine verlassen und bis zum Zeitpunkt der Wahlen nicht wieder einreisen werden. Eine solche Auflistung soll der Grenzschutz drei Tage vor den Wahlen an die Wahlkommissionen der entsprechenden Bezirke schicken, damit diese die aufgelisteten Namen von den Wahllisten streichen können. Eine erste Hürde stellt dabei der bürokratische Aufwand dar, dem der ukrainische Grenzschutz aus technischen und personellen Gründen nicht gewachsen ist. Gleichzeitig wird dies von jenen Parteien als unfair empfunden, deren breite Wählerschaft im Westen zu finden ist, da an den östlichen Grenzposten nach Russland keine Kontrollen für Ukrainer und somit auch keine Wählerregistrierungen stattfinden. Somit kann jene Manipulationsvariante im Osten eher genutzt werden als im Westen. Gleichzeitig fehlt es an Vorkehrungen, um in jenen Fällen agieren zu können, in denen Wähler aufgrund der eingesandten Listen des Grenzschutzes von der Wählerliste gestrichen wurden und doch zum Wahltag zurückkehren, um zu wählen.

Abgesehen von den durch diese gesetzlichen Änderungen eröffneten Möglichkeiten, kursieren in der Ukraine derzeit Berichte über weitere Instrumente zur Beeinflussung des Wahlergebnisses. Bereits bei vorangegangenen Wahlen war es häufig üblich, dass Studierende in Wohnheimen Handy-Fotos ihrer Wahlzettel mit Kreuz an der „richtigen“ Stelle bei Lehrern vorzeigen mussten, um Prüfungen zu bestehen, gute Noten zu erhalten oder schlicht und einfach ein paar Hrywnja ausbezahlt zu bekommen. Ähnliche Berichte gibt es aus Kasernen, Polizeieinheiten und Großbetrieben. Derartige Mechanismen waren zuletzt auch während der Organisation der Massenproteste durch finanzielle Anreize und Druck der Vorgesetzten, Lehrer oder Arbeitgeber auf dem Höhepunkt der Krise im April und Mai zu beobachten.

Im Anschluss an die Wahlen ist es Aufgabe der ZWK, ein Wahlergebnis zu veröffentlichen. Fragwürdig ist dabei eine Klausel, die besagt, dass dies unabhängig davon zu geschehen hat, in wie vielen Wahlbezirken die Wahlergebnisse für ungültig erklärt werden.

### 3. Parteien und Blöcke

#### 3.1. Partei der Regionen

(Gründung: November 1997)

[www.partyofregions.org.ua](http://www.partyofregions.org.ua)

Parlamentswahlsieger 2006 mit 32,14%

Parlamentssitze bislang: 185

Rating: 37,1% (Juni 2007)



In ihrem Parteiprogramm bekennt sich die Partei der Regionen zur europäischen Integration der Ukraine, zur freien Marktwirtschaft und zu rechtsstaatlichen Prinzipien. Hinsichtlich der transatlantischen Kooperation tritt man für eine „Optimierung der Zusammenarbeit mit der NATO“ ein. Es wird sogar der „Kampf gegen die Korruption“ gefordert. Viele Reformpläne, die auf dem Papier stehen, werden jedoch nicht in politische Schritte umgesetzt, da vor allem finanzkräftige Anhänger der Partei der Regionen bei Durchführung grundlegender Reformen – vor allem des Rechts- und Verwaltungssystems – nicht mehr ihren halblegalen Geschäften nachgehen könnten. Das Lager der Partei der Regionen wird mitunter als „blau-weißes Lager“ bezeichnet.



**Viktor Janukowytsch:** Parteivorsitzender, bereits zum zweiten Mal Ministerpräsident der Ukraine. Vertreter des „Donezker Clans“, im Osten der Ukraine äußerst populär, im Westen hingegen fast ohne Unterstützung. Nr. 1 der Wahlliste der Partei der Regionen.



**Raisa Bohatyrjowa:** Parlamentsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende der Partei der Regionen, Koordinatorin der Mehrheitskoalition, frühere Gesundheitsministerin, Kampf-Ideologin gegen „Orange“, Eigentümerin der elitären Geburtsklinik „Isida“. Nr. 2 der Wahlliste der Partei der Regionen.



**Mykola Asarow:** Vorsitzender des politischen Rates der Partei der Regionen, Finanzminister, zum zweiten Mal 1. Vizepremier mit Schwerpunkt Wirtschaft und Finanzen, der „Mann hinter Janukowytsch“. Nr. 6 der Wahlliste der Partei der Regionen.



**Rinat Achmetow:** der reichste Ukrainer, Eigentümer der Firma SCM (System Capital Management), außerdem Parlamentsabgeordneter, vertritt den jungen Flügel der Partei. Nr. 7 der Wahlliste der Partei der Regionen.



**Borys Kolesnikow:** Parlamentsabgeordneter, Unternehmer, Eigentümer des Donezker Konditoreiunternehmens AWK, die „rechte Hand“ und persönlicher Freund von Achmetow. Nr. 10 der Wahlliste der Partei der Regionen.



**Volodymyr Rybak:** Geschäftsführer der Partei der Regionen, Bauminister, Vizepremierminister. Nr. 13 der Wahlliste der Partei der Regionen.

### 3.1.1. Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine

(Gründung: April 2000)

[www.pppu.com.ua](http://www.pppu.com.ua)

Parlamentswahl 2006: Bestandteil des Wahlbündnisses NU

Parlamentssitze: 10 in der Fraktion NU

Rating: 0,2% (Febr. 2007)



Die „Partei der Industriellen und Unternehmer“ macht die in der Ukraine ohnehin stark ausgeprägte Verquickung von Wirtschaft und Politik zum Programm. Im März 2007 wechselte die Partei aus dem „orangenen“ Lager über in die Reihen Janukowytschs. Im Alleingang hätte die Partei keine Chance, bei Neuwahlen die 3%-Hürde zu überspringen. Die Partei der Regionen bat dem Parteivorsitzenden Anatolij Kinach deshalb einen sicheren Platz auf ihrer Wahlliste an.



**Anatolij Kinach:** Parteivorsitzender, Wirtschaftsminister und erster Vizepremierminister seit März 2007. Premierminister der Ukraine in den Jahren 2001-2002, ehemaliger Leiter des Sicherheits- und Verteidigungsrates, ukrainischer Leiter des Deutsch-Ukrainischen Forums, Technokrat. Offiziell als „Parteiloser“ nimmt er den Platz 53 der Wahlkampfliste der Partei der Regionen ein.

### 3.1.2. Witsche

(Gründung: 2005)

[www.viche.org.ua](http://www.viche.org.ua)

Parlamentswahl 2006: 1,74%

Rating: 0,7% (Juni 2007)



Eine junge Partei, die kurz vor / für die Parlamentswahl 2006 gegründet wurde. Erhebt den Anspruch, den ukrainischen Mittelstand zu vertreten.

Die Partei hat sich – ähnlich wie die Partei der Industriellen und Unternehmer der Ukraine – entschieden, auf der Wahlliste der Partei der Regionen anzutreten.



**Inna Bohoslowska:** Wirtschafts- und Finanzexpertin, führt eine große Firma für Unternehmensberatung, wirtschaftsliberal, zurzeit stellv. Justizministerin. Offiziell als „Parteilose“ steht sie auf Platz 4 der Wahlliste der Partei der Regionen.

## 3.2. Block Julia Tymoschenko (BJUT)

Zum „Block Julia Tymoschenko“ (BJUT) gehören zwar auch die Ukrainische Sozialdemokratische Partei und – seit neuestem – die Partei „Reformen und Ordnung“, doch die zahlenmäßig größte Formation ist und bleibt die Tymoschenko-Partei „Batkiwtschyna“ („Vaterland“). BJUT stand während der „Orangen Revolution“ an der Seite Viktor Juschtschenkos und befürwortet die euro-atlantische Integration der Ukraine. Der Block ist bekannt für populäre Forderungen vor allem im sozio-ökonomischen Bereich. Schlagwörter sind u.a.: Abschaffung der Mehrwertsteuer, „Wirtschaft des Solidarismus“, „gerechte Macht“, „gerechte Sozialpolitik“, „wirkungsvoller Rechtsstaat“.

### 3.2.1. Batkiwtschyna („Vaterland“)

(Gründung: September 1999)

[www.byut.com.ua](http://www.byut.com.ua)

Parlamentswahl 2006: 2. Platz mit 22,29%  
(als „Block Julia Tymoschenko“ gemeinsam mit der Ukrainischen Sozial-Demokratischen Partei)

Zahl der Sitze nach der Wahl 2006: 126 (21 Abgeordnete wechselten im Laufe der Zeit zur „Anti-Krisen-Koalition“ aus Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten)

Rating des Blockes BJUT: 21% (Juni 2007)

Die Partei „Batkiwtschyna“ („Vaterland“) ist die Kernpartei des Blockes Julia Tymoschenko und vertritt als solche die gleichen programmatischen Ziele wie der gesamte Wahlblock.



**Julia Tymoschenko:** Parteivorsitzende. 1999 unter Premierminister Viktor Juschtschenko stellvertretende Ministerpräsidentin mit Verantwortung für den Energiebereich. Premierministerin von Februar bis September 2005. Seitdem Oppositionsführerin.



**Oleksandr Turtschinow:** enger Berater Julia Tymoschenkos, Ex-SBU-Chef in der Regierung Tymoschenko, bis zur Niederlegung des Parlamentsmandates stv. Partei- und Fraktionsvorsitzender, ohne jedes Charisma. Nr. 2 der BJUT-Wahlliste.



**Mykola Tomenko:** von Februar bis Juni 2007 Vize-Parlamentspräsident, Vize-Premier für humanitäre Angelegenheiten in der Regierung Tymoschenko und stv. Wahlbündnisvorsitzender. Schwerpunkt: Medien. Nr. 3 der BJUT-Wahlliste.



**Andrij Schewtschenko:** Parlamentsabgeordneter der 5. Legislaturperiode bis zum 15.06.2007, Vorsitzender des Medienausschusses im ukrainischen Parlament, parteilos, arbeitete als Fernsehjournalist. Nr. 5 der BJUT-Wahlliste.

### 3.2.2. Reformen und Ordnung (PRP)

(Gründung: Oktober 1997)

[www.prp.org.ua](http://www.prp.org.ua)



Parlamentswahl 2006: 1,74% (im Wahlbündnis zusammen mit der Partei „PORA“)  
Rating: 0,4% (Febr. 2007)

Aufgrund der misslungenen Verhandlungen mit „Nascha Ukraina“ (NU) und BJUT musste sich die Partei bei den Parlamentswahlen 2006 für ein recht ungünstiges Wahlbündnis mit der Partei PORA entscheiden (Spitzenkandidat: Box-Weltmeister Vitali Klytschko). Um nicht völlig in der Vergessenheit zu versinken, bildete die Partei einen Block mit Julia Tymoschenko mit der Option, eine gemeinsame Liste zu stellen. Wie schon der Name sagt, steht die Partei für grundlegende Politik-, Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsreformen zum Zwecke des Aufbaus eines demokratischen Rechtsstaates, einer sozialen Marktwirtschaft und einer aktiven Zivilgesellschaft.

Im wirtschaftspolitischen Bereich fordert die PRP eine effektive und transparente Privatisierungspolitik, die Zerschlagung von Wirtschaftsmonopolen, eine effiziente Steuer- und Finanzpolitik durch Sicherung der Währungsstabilität und die Schaffung eines gesunden Bankenwesens sowie einen ausgeglichenen Staatshaushalt, dessen Hauptausgaben beim Bildungswesen, der Wissenschaft und Kultur, beim Gesundheitswesen und der Verteidigung liegen sollen. Sozialpolitisch tritt die Partei für eine radikale Reform des Rentensystems und eine verstärkte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein. Außenpolitisch befürwortet die PRP die Annäherung an die europäisch-atlantischen Strukturen.



**Viktor Pynsenyk:** Parteivorsitzender, Professor für Wirtschaft, Finanzminister in der Regierung Tymoschenko, vertritt liberale Ansichten. Nr. 6 der BJUT-Wahlliste.



**Serhij Sobolew:** stellv. Vorsitzender der PRP und „Parteiideologe“. Nr. 25 der BJUT-Wahlliste.

### 3.2.3. Ukrainische Sozialdemokratische Partei

(Gründung: Oktober 1998)

<http://usdp.in.ua/>



Parlamentswahl 2006: Teil des „Blockes Julia Tymoschenko“ (s.o.)  
Aktuelles Rating: k. A.

Diese Partei ist im Grunde eine virtuelle Partei, die Julia Tymoschenko nutzt, um zusammen mit der Partei „Batkiwschtschyna“ einen Block ihres Namens zu bilden. Ohne die Mitgliedschaft im „Block Julia Tymoschenko“ wäre die USDP politisch nicht lebensfähig. Sie teilt die programmatischen Ziele von BJUT, betont aber insbesondere ihre Zugehörigkeit zur „internationalen sozialdemokratischen Bewegung“.



**Jewhen Korniytschuk:** Parteivorsitzender, Nachfolger Onopenkos, in der Ukraine praktisch unbekannt. Nr. 10 der BJUT-Wahlliste.



**Wasyl Onopenko:** ehem. Parteivorsitzender; benutzte die Partei, um Parlamentsabgeordneter und auf diesem Wege Vorsitzender des Obersten Gerichtes zu werden. Hat sich aus dem aktiven Parteileben verabschiedet.

### 3.3. Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes (NU-NS)

Zur Parlamentsneuwahl 2007 tritt das Wahlbündnis „Nascha Ukraina - Selbstverteidigung des Volkes“ als Zusammenschluss aus zehn Parteien an: Kernpartei ist die Volksunion Nascha Ukraina (Ehrevorsitzender: Präsident Viktor Juschtschenko), weitere Mitglieder sind „Vpered, Ukrainoi!“ – Selbstverteidigung des Volkes, Christlich-Demokratische Union, Europäische Partei der Ukraine, Ruch, Ukrainische Volkspartei, Ukrainische Republikanische Partei „Sobor“, Kongress Ukrainischer Nationalisten, PORA und die Partei der Schützer des Vaterlandes.

#### 3.3.1. Volksunion Nascha Ukraina (VUNU)

(Gründung: März 2005)

[www.razom.org.ua](http://www.razom.org.ua)



Parlamentswahl 2006: 13,95% (im Block „Nascha Ukraina“ mit 5 weiteren Parteien)

Parlamentssitze insgesamt in der Fraktion bislang: 79

Rating: 10,3% (Juni 2007, nur VUNU); im Block mit Luzenkos Selbstverteidigung und der „Ukrainischen Rechten“: 16,9% (Juni 2007)

Die Volksunion Nascha Ukraina ist nach gescheiterten Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen rechts-zentristischen Volkspartei im März 2005 als neue Mitte-Rechts-Partei gegründet worden. Viktor Juschtschenko, dem Ehrevorsitzenden der Partei, ist es nicht gelungen, die Vorsitzenden von Ruch, Ukrainischer Volkspartei, Reformen und Ordnung und Christlich-Demokratischer Union, also seine engsten Verbündeten vor und während der „orangenen Revolution“, zur Auflösung ihrer Parteien und zur Integration ihrer Mitglieder in die VUNU zu bewegen. Nun soll nach den Parlamentsneuwahlen 2007 im Oktober/November eine einheitliche Mitte-Rechts-Partei aus 10 Parteien gegründet werden.

Bei der VUNU handelt es sich um eine reformorientierte Partei des Mitte-Rechts-Spektrums, die sich glaubwürdig zu Marktwirtschaft, Demokratie und EU-Integration bekennt. Die Partei strebt eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Bekämpfung der Korruption und Vetternwirtschaft, die Trennung von Geschäft und Politik und die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine unabhängige Justiz und Presse an. Außenpolitisch ließ sie keinen Zweifel an ihrem Ziel, die Mitgliedschaft in EU und NATO zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt anzustreben. Weitere programmatische Schwerpunkte sind der Aufbau eines Rechtsstaates und einer Zivilgesellschaft, die Reform der kommunalen Selbstverwaltung sowie die Forderung nach einer transparenten und dem Parlament verantwortlichen Regierung.



**Wjatscheslaw Kyrilenko:** neuer Vorsitzender des politischen Rates der Partei (= Parteivorsitzender), zuvor Fraktionsvorsitzender, neue Elite, ohne eigenes Business und eigene Lobby, vielversprechender Politiker, Platz 2 der NU-NS-Wahlliste.



**Arsenij Jazenjuk:** parteilos, seit März 2007 Außenminister der Ukraine (und mit 33 Jahren eines der jüngsten Mitglieder des ukrainischen Kabinetts), nun Mitglied der NU-NS-Wahlliste (Platz 3).



**Anatolij Hryzenko:** parteilos, ehem. Präsident des renommierten Rasumkow-Zentrums für politische Studien, seit 2005 Verteidigungsminister der Ukraine (in den Regierungen Tymoschenko, Jechanurow und Janukowytsch), nun Mitglied der NU-NS-Wahlliste (Platz 4).



**Ksenija Ljapina:** Parlamentsabgeordnete der 5. Legislaturperiode bis 08.06.2007, Platz 8 der NU-NS-Wahlliste.



**Ruslan Knjasewytsh:** Parlamentsabgeordneter der 5. Legislaturperiode bis 08.06.2007, Junge Gruppe, engagierter Sprecher in Krisenzeiten, Platz 9 der NU-NS-Wahlliste.



**Jurij Jechanurow:** seit März 2007 erster stellv. Parteivorsitzender, von Sept. 2005 bis Aug. 2006 Premierminister der Ukraine, liberaler Technokrat, „ruhige Hand des Präsidenten“, Befürworter einer Koalition mit der Partei der Regionen, Nr. 24 der NU-NS-Wahlliste.



**Viktor Baloha:** stellv. Parteivorsitzender, Mitglied des Parteipräsidiums, seit Sept. 2006 Leiter des Präsidialsekretariats, „Karpatenmafia“, radikale Kraft, Krisenmanager, kein Charismatiker, seit Juli 2007 Chef-Wahlkampfmanager, jedoch ohne Platz auf der NU-NS-Wahlliste.



**Oleh Humenjuk:** seit Juli 2007 neuer Generalsekretär der Partei (Nachfolger von Roman Bessmertny), Parlamentsabgeordneter der 5. Legislaturperiode bis 08.06.2007, ehem. Leiter des Wahlstabs von Ternopil. Nr. 34 der NU-NS-Wahlliste.



**Swjatoslaw Wakartschuk:** parteilos, bekannter Sänger und Kopf der ukrainischen Popgruppe „Okean Elsy“, studierte theoretische Physik und internationale Wirtschaft, zivilgesellschaftlich sehr engagiert, seit 2005 UN-Goodwill-Botschafter für Jugendfragen, nun Mitglied der NU-NS-Wahlliste (Platz 15).



**Petro Poroschenko:** Parlamentsabgeordneter der 5. Legislaturperiode bis 15.06.2007, Businessflügel der Partei, neben Mykola Martynenko und Oleksandr Tretjakow Finanzier der Partei und bekannt als „lieber Freund“, „Schokoladenkönig“. Verzichtet auf erneute Kandidatur für ein Abgeordnetenmandat.

### 3.3.2. Vpered, Ukraino! („Vorán, Ukraine!“)

(Gründung: Mai 1999)

<http://www.vpered-ukraino.org/>



Parlamentswahl 2006: 0,02%

Rating: k. A.

Die Partei „Vorán, Ukraine!“, seit Gründung eine Kleinstpartei und kaum bekannt, setzt sich zum Ziel, als Vermittler zwischen „linken“ und „rechten“ Kräften aufzutreten. Schlagworte sind „Pragmatismus“ und „Kompromissfindung“. Sie tritt für den Schutz der Menschenrechte und die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft ein.

Jurij Luzenko brauchte die Partei, um überhaupt einen Block bilden zu können (da seine Bewegung keinen Parteienstatus hat), und nutzt bei dieser Gelegenheit deren Infrastruktur. Für den Wahlblock ist die Partei „Vorán, Ukraine!“ inhaltlich ohne Bedeutung.



**Viktor Musijaka:** Parteivorsitzender. Tritt nicht als Kandidat für die vorgezogene Parlamentswahl 2007 an.

### Selbstverteidigung des Volkes [keine Partei]

(Gründung der Bewegung: Januar 2007)

<http://www.samooborona.in.ua/>

Rating: 4,8% (Mai 2007, als einzelne Kraft); im Block „Selbstverteidigung Luzenkos“: 5,5% (Juni 2007)



Eine neue politische Bewegung, die enttäuschte und verärgerte Protestwähler von Natscha Ukraine, BJUT und SPU zu mobilisieren sucht.



**Jurij Luzenko:** Spitzenkandidat der NU-NS-Wahlliste, Ex-Innenminister in der Regierung von Jechanurow und Janukowytsch. Als politischer „Showman“ ist er nicht zu übertreffen – er war einer der Haupt-Organisatoren der „orangenen Revolution“. Die Informationen, zu denen er während seiner Amtszeit als Innenminister Zugang hatte, sowie sein Rednertalent machen ihn zu einem gefährlichen politischen Gegner.



**Taras Stezkiw:** einer der orangenen „Feldkommandeure“, ein guter Organisator von Straßenaktionen. Ist früher von Juschtschenko beauftragt worden, als Leiter des ukrainischen Fernsehkanals UT-1 einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufzubauen. Platz 29 der NU-NS-Wahlliste.



**David Shwanija,** Finanzier der Bewegung, ehem. „lieber Freund“ und Finanzier der VUNU. Platz 21 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.3. Christlich-Demokratische Union (CDU)



(Gründung: März 1997)

[www.hds.org.ua](http://www.hds.org.ua)

Parlamentswahl 2006: Bestandteil des Wahlbündnisses NU

Parlamentssitze vor Auflösung des Parlaments: 3 in der Fraktion NU

Rating: k. A.

Die CDU steht für den Aufbau eines ukrainischen Nationalstaates auf der Grundlage eines christlichen Menschenbildes mit zentralen christlich-demokratischen Grundwerten wie Freiheit, Verantwortung, Toleranz, Pluralismus und Solidarität. Wirtschaftspolitisch ist die Partei auf den Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft mit Schwerpunkten auf der Gewährleistung des freien Wettbewerbs und einer raschen Privatisierung ausgerichtet. Die Partei tritt für die Vereinigung aller Teilkirchen der ukrainischen Orthodoxie und die Bildung einer einheitlichen Nationalkirche ein.

Außenpolitisch befürwortet die Partei eine intensivere Einbeziehung der Ukraine in die euro-atlantischen Strukturen und zeigt sich skeptisch gegenüber der GUS-Zusammenarbeit.



**Wolodymyr Stretowytsh:** Parteivorsitzender, Parlamentsabgeordneter bis zum 15.06.2007. Jurist, ehem. Ausschussvorsitzender für Ordnungskräfte. Strebt das Amt des Generalstaatsanwalts an. Platz 25 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.4. Europäische Partei der Ukraine

(Gründung: August 2006)

Rating: k. A.

Mykola Kateryntschuk hat seine neue politische Bewegung, die ursprünglich „Europäische Plattform für die Ukraine“ hieß, in die bereits seit August 2006 existierende Kleinstpartei „Europäische Partei der Ukraine“ integriert, um mit Parteienstatus am Wahlbündnis „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ teilnehmen zu können. Hauptziel Kateryntschuks: die Ukraine in Richtung EU zu bewegen.



**Mykola Kateryntschuk:** Parlamentsabgeordneter der 5. Legislaturperiode bis 08.06.2007 (hat jetzt sein Mandat niedergelegt), Jurist, noch bis November 2006 einer der wenigen Hoffnungsträger von NU. Hat einen guten Ruf als junger, ehrlicher Politiker mit Prinzipien. Nr. 5 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.5. Ruch

(Gründung: Februar 1993)

[www.nru.org.ua](http://www.nru.org.ua)



Parlamentswahl 2006: Bestandteil des Wahlbündnisses NU

Parlamentssitze bis zur Parlamentsauflösung: 9 in der Fraktion NU

Rating: 1% (Juni 2007) – für die gesamte „Ukrainische Rechte“ (Ruch, Ukrainische Volkspartei, Ukrainische Republikanische Partei „Sobor“)

Ruch, als Partei gegründet im Januar 1993, formierte sich 1989 in Kiew als Massenorganisation, deren Hauptziel die Errichtung eines unabhängigen und demokratischen ukrainischen Staates war. Einst eine der mächtigsten und einflussreichsten Parteien der Ukraine, ist Ruch heute nur noch eine kleine Gruppierung, die 2006 ohne die Mitgliedschaft im Block „Nascha Ukraina“ die 3%-Hürde für den Parlamentseinzug nicht gemeistert hätte. Vorsitzender der Partei ist Borys Tarasjuk, Außenminister der Ukraine in den Jahren 1998-2000 (unter Premierminister Juschtschenko) und 2005 bis 2006 (unter Tymoschenko, Jechanurow und Janukowytsch) und einer der hartnäckigsten Befürworter eines ukrainischen EU- und NATO-Beitritts. Er hat als einziger der Ruch-Abgeordneten die Wahl Janukowytschs zum Premierminister unterstützt. Ruch tritt zu

den Parlamentsneuwahlen 2007 gemeinsam mit der Ukrainischen Volkspartei und der Ukrainischen Republikanischen Partei Sobor als Bündnis „Ukrainische Rechte“ an, die wiederum Teil des Blockes „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ (NU-NS) ist.



**Borys Tarasjuk:** Vorsitzender der Partei seit 2003, zweimal Außenminister (1998-2000, 2005-2006). Platz 11 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.6. Ukrainische Volkspartei

(früher Ruch-Flügel, Gründung: 1999)

[www.unp-ua.org](http://www.unp-ua.org)

Parlamentswahl 2006: 1,87%  
(als „Block Kostenko-Pljuschtsch“)  
Rating: siehe „Ruch“



Eine klassische rechtszentristische Partei konservativer Prägung. Die Versuche der beiden Ruch-Parteien, sich wieder zu vereinigen (nach der Spaltung 1999), sind immer wieder gescheitert.

Bei der Ukrainischen Volkspartei (UVP) handelt es sich neben dem Ruch, der PRP und der VUNU um eine jener Parteien der Ukraine, die sich glaubwürdig zu Marktwirtschaft und Demokratie sowie den Aufbau einer Zivilgesellschaft bekennen. In der Wirtschaftspolitik tritt sie ein für eine rasche Privatisierung des Staatseigentums, damit der Privatsektor und insbesondere der Mittelstand die Grundlage für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum bilden können.

Weitere parteiprogrammatische Schwerpunkte – wie auch bei Ruch – sind die volle politische und wirtschaftliche Integration der Ukraine in die euroatlantischen Strukturen, die Stärkung der ukrainischen Unabhängigkeit von Moskau sowie die Garantie der Menschen- und Minderheitenrechte und die freie Entfaltung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Ukraine.



**Jurij Kostenko:** seit 1999 Parteivorsitzender, ehem. Umweltminister. Platz 16 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.7. Ukrainische republikanische Partei „Sobor“



(Gründung: März 2000)

[www.urpsobor.org.ua](http://www.urpsobor.org.ua)

Parlamentswahl 2006: Bestandteil des Wahlbündnisses NU

Parlamentssitze bis zur Niederlegung der Mandate: 4 in der Fraktion NU

Rating: siehe „Ruch“

Sehr kleine rechts-zentristische Partei, bislang Mitglied des Parteienbündnisses „Nascha Ukraina“, tritt jetzt gemeinsam mit Ruch und Ukrainischer Volkspartei als „Ukrainische Rechte“ an und Teil des „Megablockes“ „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“.



**Anatolij Matwijenko:** Parteivorsitzender; Schwerpunkte: Verwaltungsreform, kommunale Selbstverwaltung, Regionalpolitik; ehemaliger Vorsitzender des betreffenden Parlamentsausschusses. Platz 22 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.8. Kongress Ukrainischer Nationalisten (KUN)



(Gründung: 1993)

[www.cun.org.ua](http://www.cun.org.ua)

Parlamentswahl 2006: Bestandteil des Wahlbündnisses NU

Parlamentssitze bislang: 4 in der Fraktion NU

Rating: k. A.

Diese langsam aussterbende Partei blickt auf eine alte Geschichte zurück. Der Gründungskongress des KUN fand im Oktober 1992 statt und wurde von der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), deren langjähriger Ideologe der Widerstandskämpfer Stepan Bandera war, ins Leben gerufen. KUN hat seinen Schwerpunkt in der westlichen Ukraine und rekrutiert sein Führungspersonal mehrheitlich aus Emigrantengruppen in Westeuropa.

KUN tritt für eine „harmonische Entwicklung der Gesellschaft“, für einen unitarischen Staat mit einer eigenen Nationalkirche, Förderung des Nationalbewusstseins, aber auch kulturelle Autonomie der Minderheiten ein. Außenpolitisch steht die Partei für eine deutliche Abgrenzung gegenüber dem russischen Hegemonialstreben insbesondere innerhalb der GUS. Dafür strebt KUN engere Beziehungen mit dem Westen und der NATO an und arbeitet mit dem Internationalen Antibolschewistischen Block zusammen.



**Oleksij Iwtschenko:** Ex-Leiter des Konzerns „NaftoGas Ukraine“, Unternehmer, wurde auf einem Parteitag der „Nascha Ukraina“ von der NU-Liste ausgeschlossen.



**Jewhen Hirnyk:** stellv. Vorsitzender, unterschrieb im Namen der Partei den Eintritt in den „Megablock“ „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ im Juli 2007. Platz 91 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.9. PORA (ukr. „Es ist Zeit“)

(Gründung als Partei: Januar 2005)

[www.pora.org.ua](http://www.pora.org.ua)

Parlamentswahl 2006: Wahlbündnis Pora-PRP  
mit Vitali Klytschko als Spitzenkandidat  
Wahlergebnis: 1,47%  
Rating: 0,6% (Febr. 2007)



Einst wichtige Motoren der „Orangen Revolution“ 2004, sind die Führungsfiguren der PORA (Kaskiw und Solotarjow) heute zerstritten. Bei den Neuwahlen 2007 wird die Partei als Teil des „Megablockes“ „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ antreten.



**Wladyslaw Kaskiw:** Platz 31 der NU-NS-Wahlliste.



**Jewhen Solotarjow:** ohne Platz auf der NU-NS-Wahlliste.

### 3.3.10. Partei der Schützer des Vaterlandes

(Gründung als Partei: Juli 1997)

<http://karmazin.org.ua/>

Parlamentswahl 2006: k. A.

Wahlergebnis: k. A.

Rating: k. A.



Die Ein-Mann-Partei (Karmasin) schreibt sich die Begriffe „Ordnung – Gesetzlichkeit – Verantwortung“ auf die Fahnen und kämpft vor allem gegen die Mafia. Vor den Parlamentswahlen 2007 Teil des „Megablockes“ „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“.



**Juri Karmasin:** Parteivorsitzender. Platz 58 der NU-NS-Wahlliste.

### 3.4. Sonstige

#### 3.4.1. Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)

(Gründung: Oktober 1993)

[www.kpu.net.ua](http://www.kpu.net.ua)

Parlamentswahl 2006: 3,66%

Parlamentssitze: 21

Rating: 5,1% (Juni 2007)



Eine aussterbende Partei, die bis heute die Verwirklichung des Sozialismus in der Ukraine fordert. Zurzeit bildet sie mit der Partei der Regionen und der Sozialistischen Partei die Anti-Krisen-Koalition. Die Kommunisten sind bislang nicht durch zukunftsweisende politische Aussagen und Gesetzesvorschläge aufgefallen. Dennoch haben sie die Chance, erneut die 3%-Hürde zu überspringen.



**Petro Simonenko:** Parteivorsitzender, Parlamentsabgeordneter.

#### 3.4.2. Sozialistische Partei der Ukraine (SPU)

(Gründung: November 1991)

[www.spu.org.ua](http://www.spu.org.ua)

Parlamentswahl 2006: 5,69%

Parlamentssitze bislang: 31

Rating: 2,6% (Juni 2007)



Die Sozialistische Partei der Ukraine, einst Bestandteil des „orangenen“ Lagers und Unterstützer Juschtschenkos, entschied sich Anfang Juli 2006, mit der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei eine Anti-Krisen-Koalition zu bilden. Seitdem gilt der Parteiführer Moros bei den „Orangenen“ als „Verräter“; wahrscheinlich werden die Sozialisten bei den Neuwahlen 2007 die 3%-Hürde nicht meistern.



**Oleksandr Moros:** Spitzendkandidat, zweifacher Parlamentspräsident (1994-1998, 2006-heute). 1994, 1999 und 2004 nahm er als Kandidat an den Präsidentschaftswahlen teil und kam jeweils auf den dritten Platz. Verließ im Sommer 2006 das „orangene Lager“ und bildete eine Koalition mit der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei.



**Wasyl Zushko:** Innenminister, Platz 2 der SPU-Wahlliste.



**Stanislaw Nikolajenko:** Bildungsminister, Platz 5 der SPU-Wahlliste.



**Iwan Bokyj:** Fraktionsvorsitzender, Platz 7 der SPU-Wahlliste.



**Mykola Rudkowskyj:** Transportminister, Platz 15 der SPU-Wahlliste.

### 3.4.3. Volkspartei der Ukraine

(umbenannt aus der Agrarpartei 2003)

[www.narodna.info](http://www.narodna.info)

Parlamentswahl 2006: 2,44%

Rating: 1,4% (Juni 2007)



2006 verfehlte die Lytwyn-Partei den Einzug ins ukrainische Parlament knapp. Bei den Neuwahlen 2007 tritt sie gemeinsam mit der „Werkstätigen-Partei“ als „Block Lytwyn“ an, hat aber kaum Chancen, die 3%-Hürde zu überspringen.



**Wolodymyr Lytwyn:** früherer Leiter des Präsidialamtes von Kutschma, Ex-Parlamentspräsident (2002-2006). Politisches Profil: immer die dritte Kraft zu sein, die ein Zünglein an der Waage spielen möchte.

### 3.4.4. Progressive Sozialistische Partei

(Gründung: 1999)

<http://www.vitrenko.org>

Parlamentswahl 2006: 2,93%

Rating: 1,0% (Juni 2007)



Der Block von Natalija Vitrenko hat 2006 knapp den Parlamentseinzug verfehlt. Die Partei vertritt einen radikalen Sozialismus und war die Kreatur des damaligen Präsidenten Kutschma, um die Stimmen des aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten Moros 1999 zu spalten. Die Partei tritt aggressiv gegen die EU und die NATO und gegen die Marktwirtschaft auf und setzt sich dafür ein, Russisch zur zweiten Amtssprache zu machen.



**Natalija Vitrenko:** eine sehr populistische Politikerin mit ausgeprägtem Rednertalent.

## 2.6 Vergleich der Wahlprogramme / ukrainischer Parlamentswahlkampf 2007:

Quelle: KAS ELECTION GUIDE UKRAINE 2007, www.kas.de/ukraine

Name	Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts- und Finanzpolitik	Außenpolitik	Kultur-, Bildungs- und Umwelt-/Energiepolitik
<b>Partei der Regionen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhöhung der Einmalzahlung bei Geburt eines Kindes auf 11.700 UAH beim 1. Kind, 25.000 UAH beim 2. Kind und 50.000 UAH bei jedem weiteren Kind*</li> <li>- Erhöhung des monatl. Kindergeldes: 100 UAH für Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren, 200 UAH für Kinder von 13 bis 18 Jahren</li> <li>- Einführung des Rechts auf einen ersten Arbeitsplatz für „junge Spezialisten“ durch finanzielle Unterstützung von Unternehmern</li> <li>- Hilfe beim Erwerb von Wohnungen für junge Familien</li> <li>- Staatsangestellte (z.B. Lehrer, Ärzte, Polizisten) erhalten bei Abschluss eines Arbeitsvertrages auf 20 Jahre eine Wohnung, die nach 20 Jahren zu ihrem Eigentum wird.</li> <li>- Einrichtung namentlicher Rentenkonten ab 2009</li> <li>- Programme gegen AIDS, Tuberkulose und Drogenabhängigkeit</li> <li>- Kostenlose medizinische Versorgung und Beschaffung medizinischer Geräte für Ärzte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung</li> <li>- Verdoppelung der Infrastruktur-Investitionen (Schulen, Straßen, Gasleitungen) im ländlichen Raum in den nächsten 3 Jahren</li> <li>- Schaffung einer Berufsarmee</li> <li>- Solderhöhungen für Armeeangehörige</li> <li>- Justizreform: Wahl der Richter durch die Bevölkerung</li> <li>- Schutz der Meinungsfreiheit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schaffung einer sozial ausgerichteten Marktwirtschaft</li> <li>- Bodenreform: Schaffung eines Systems marktwirtschaftlicher Prinzipien für den Verkauf von Grundstücken (durch Organisation von Auktionen) bis 2010</li> <li>- stabiles Wirtschaftswachstum</li> <li>- Verringerung der Staatsquote</li> <li>- 5-jährige Steuerbefreiung für kleine Familienunternehmen sowie Befreiung von Kosten für die Registrierung ab 01.01.2008</li> <li>- Kampf gegen Korruption und Schattenwirtschaft</li> <li>- Steigerung des industriellen und wissenschaftlich-technischen Potenzials durch die Einführung von energiesparenden Technologien</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Blockfreier Status der Ukraine;</li> <li>- Integration der Ukraine in EU und WTO – diese Integration wird jedoch nicht als Selbstzweck gesehen, sondern als Beitrag zur Erhöhung des Wohlstands der Ukrainer</li> <li>- EU, USA und Russland als gleichrangige Partner;</li> <li>- Beteiligung der Ukraine am Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Belarus, Russland und Kasachstan;</li> <li>- Durchführung eines Referendums zum NATO-Beitritt.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Russisch als zweite Amtssprache – „Zwei Sprachen – eine Nation!“</li> <li>- staatliche Finanzierung von mind. 50% der Studienplätze</li> <li>- Stipendien bis zu 530 UAH monatlich ab 01.03.2008 für Studenten (1060 UAH für verwaiste Studenten)</li> </ul>
<b>Block Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhöhung der Einmalzahlung bei Geburt eines Kindes auf 12.000 UAH beim 1. Kind, 15.000 UAH beim 2. Kind und 25.000 UAH bei jedem weiteren Kind</li> <li>- Erhöhung des monatl. Kindergeldes: 235 UAH für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren, 298 UAH für Kinder von 6 bis 18 Jahren</li> <li>- Erhöhung der Renten um 35%</li> <li>- 2008: Anhebung des Mindestlohns auf 600 UAH, Anhebung des Durchschnittslohns auf 2100 UAH</li> <li>- Einführung eines einheitlichen Tarifsystems für Staatsangestellte und Erhöhung der Gehälter von Staatsangestellten um 58%</li> <li>- Einführung gerechter Kommunalgebühren (für Strom, Gas, Wasser)</li> <li>- Bereitstellung von Grundstücken für sozialen Wohnungsbau;</li> <li>- Reform des Gesundheitssystems innerhalb von 5 Jahren: Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung</li> <li>- Jeder medizinischen Einrichtung im ländlichen Raum wird ein Kfz zur Verfügung gestellt</li> <li>- Verbesserung der Lebenssituation von Behinderten</li> <li>- Studienabgänger, die mindestens 3 Jahre in einer Ortschaft im ländlichen Raum arbeiten, erhalten 20.000 UAH und eine Sozialwohnung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschaffung der Abgeordneten-Immunität und der Abgeordnetenprivilegien (z.B. kostenlose Wohnungen)</li> <li>- Schaffung einer Anti-Korruptions-Behörde</li> <li>- Justizreform: Einrichtung einer unabhängigen Institution, die überprüft, ob das Vermögen eines Richters seiner Einkommenssituation entspricht</li> <li>- Verbesserung der technischen Ausrüstung der Polizei</li> <li>- Berufsarmee bis 2010</li> <li>- Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung</li> <li>- Instandsetzung und Ausbau der Infrastruktur zur Vorbereitung auf die EM 2012</li> <li>- Bis 2010 erhält jede Schule im ländlichen Raum einen Internetanschluss.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vereinfachung des Steuersystems, Abschaffung der Steuermiliz</li> <li>- Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 17%</li> <li>- Vereinheitlichung der Sozialabgaben und etappenweise Verringerung auf 20%</li> <li>- Vereinfachtes Besteuerungssystem für kleine Unternehmen</li> <li>- Einführung einer Reichen-Steuer</li> <li>- Bodenreform</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitgliedschaft in der EU</li> <li>- Freihandelszone mit der EU</li> <li>- Vereinfachtes Visa-Regime mit der EU</li> <li>- Vollendung des WTO-Beitritts</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schutz der nationalen Kulturlandschaft und der ukrainischen Sprache</li> <li>- Schutz von ethnischen Minderheiten</li> <li>- Förderung kultureller Einrichtungen</li> <li>- Bekämpfung der Korruption im Universitätsbereich durch externe Aufnahmetests</li> <li>- Förderung energiesparender Technologien und alternativer Energiegewinnung, Diversifizierung der Energieimporte</li> <li>- Erhöhung der Stipendien für Studenten (für verwaiste Studenten auf 1064 UAH)</li> <li>- Förderung des Baus von Kindergärten</li> <li>- Verwendung von mindestens 2% des BIP zur wissenschaftlichen Annäherung an europäische Standards</li> <li>- Verdoppelung der Ausgaben für Museen und Bibliotheken</li> <li>- Förderung des ukrainischen Buchmarktes</li> </ul>
<b>Block Julia Tymoschenko</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erhöhung der Einmalzahlung bei Geburt eines Kindes auf 10.400 UAH beim 1. Kind, 15.000 UAH beim 2. Kind und 25.000 UAH beim 3. Kind</li> <li>- Erhöhung des monatl. Kindergeldes für Kinder bis 3 Jahre auf mindestens 500 UAH</li> <li>- Einführung einer gesetzlichen Krankenversicherung</li> <li>- Langzeitkredite (25-35 Jahre) für junge Familien zu 2-4% Jahreszins</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchführung eines Verfassungsreferendums</li> <li>- Justizreform: Wahl der Richter durch die Bevölkerung; Erhöhung der Richtergehälter; kostenloser Rechtsschutz für Geringverdiener</li> <li>- Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Transparenz im Medienbusiness</li> <li>- Internetanschluss in jedem Siedlungspunkt</li> <li>- Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene, Luftfahrt)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abschaffung der Mehrwertsteuer;</li> <li>- Vereinfachung des Steuersystems und Rückführung der Steuervergünstigungen</li> <li>- Verringerung der Bürokratie bei der Eröffnung oder Schließung eines Unternehmens</li> <li>- Liberalisierung des Marktes für Finanzdienstleistungen</li> <li>- Kampf gegen Korruption und Schattenwirtschaft</li> <li>- Schaffung einer Expertenkommission, die Gesetzesprojekte zur Korruptionsbekämpfung analysiert</li> <li>- Leiter des Rechnungshofes wird von der Opposition bestimmt</li> <li>- Verringerung der Staatsquote und des Einflusses von Behörden auf die Tätigkeit von Unternehmen</li> <li>- Bodenreform: Schaffung eines Systems marktwirtschaftlicher Prinzipien für den Verkauf von Grundstücken (durch Organisation von Auktionen)</li> <li>- Förderung von Unternehmen, die Produktionstechnologien entwickeln</li> <li>- KMU-Förderung, Aufbau eines Mittelstandes</li> <li>- Schaffung von Anreizen für ausländische Investoren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- EU-Integration der Ukraine;</li> <li>- WTO-Beitritt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung von Investitionen im Bildungssektor</li> <li>- Diversifizierung der Energieimporte und -gewinnung, Fertigstellung der Gasleitung Odessa-Brody-Plock; Bau einer Pipeline „Kaspisches Meer – Ukraine“</li> <li>- Einsparung von Energie und Umstellung der Heizkraftwerke von Erdgas auf Kohle; Produktion eigener Atom-Brennstäbe.</li> </ul>

\* Hinweis: 1 Euro = 6,8 UAH